

Stellvertretend dafür ist die Äußerung des Völkerrechtsexperten und Hauptanklägers der USA bei den Nürnberger WirtschaftsVerbrecher-Prozessen, Max Mandellaub, der in der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. August 1964 feststellte, „daß nicht behauptet werden kann, daß nach Ablauf dieser fragwürdigen Fristen die Erinnerung an die Massenmorde geschwunden sei und daher die Strafe dem Sühnebedürfnis der Gesellschaft nicht mehr entspreche. Gerade das Gegenteil ist der Fall, (sagt Mandellaub) die NS-Verbrechen sind durch Art und Ausmaß zu einem Ereignis von geschichtlicher Bedeutung geworden.“

Aber es geht nicht nur um die heute in Westdeutschland lebenden und amtierenden Kriegsverbrecher. Wie viele leben im Ausland, in Spanien, Portugal, Südafrika, Südamerika. Auch in diesem Zusammenhang ist auf die Ausführungen von Mandellaub hinzuweisen, der weiter schrieb: „Tausende von Mördern, in der Mehrzahl Massenmörder, ihre Anstifter und Gehilfen werden dann, falls wirklich an der gegenwärtigen Auslegung der Verjährungsvorschriften festgehalten wird, als freie Männer ohne Furcht vor Strafe in der Bundesrepublik auftauchen oder aus dem Ausland zurückkehren. Der Satz von den Mördern unter uns würde dann auch noch seine formaljuristische Rechtfertigung gefunden haben.“

Der ehemalige stellvertretende amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, Rechtsanwalt Dr. Kempner, sagte, daß man bei Prüfung aller Tatsachen zu dem Schluß kommen müsse, daß seit 1945 bisher nur etwa ein Siebentel der Kriegsverbrecher abgeurteilt wurde, aber die restlichen 6 Siebentel dieses „Eisberges“ sich in der einen oder anderen Form versteckt halten und auf „Verjährung“ warten. Unter ihnen befinden sich viele der Hauptverantwortlichen.

Und die Forderung von Propst Grüber, „nicht nur die primitiven Handlanger muß man bestrafen, sondern vor allem die Initiatoren, die Schreibtischmörder“ beinhaltet angesichts dieser Tatsache eine ganz aktuelle Aufgabe für Westdeutschland.

Zu diesen Mördern gehören auch jene 250 Verbrecher, von denen jetzt der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, in einem Brief an den westdeutschen Justizminister sagt, daß sie unter falschem Namen leben, obwohl sie offiziell als tot gelten.